

Abgeordnetenhaus B E R L I N

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Zu TOP 3 unter Zuladung des Ausschusses
für Gesundheit und Pflege

56. Sitzung
3. November 2025

Beginn: 08.34 Uhr
Schluss: 11.50 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Tobias Schulze (LINKE) stellt unter Bezugnahme auf eine Presseberichterstattung, laut derer die Freie Universität Berlin – FU – Liegenschaften veräußern solle, folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Welche Schritte unternimmt der Senat, um die aktuell im Eigentum der FU befindlichen Grundstücke und damit den Weiterbetrieb des Kinos Capitol Dahlem und der Blätterlaube zu sichern?“

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist zunächst darauf hin, dass der Begriff Eigentum ihrem Verständnis nach an dieser Stelle nicht ganz korrekt sei; die Grundstücke befänden sich ihres Wissens im Besitz der FU, jedoch im Eigentum des Landes Berlin. Die FU könne Grundstücke aus dem Fachvermögen Wissenschaft bzw. dem Eigentum des Landes Berlin nicht veräußern.

Auch wenn Einrichtungen wie die Blätterlaube als Lernort für Umweltbildung oder Kulturinstitutionen wie das Capitol Dahlem von großer Bedeutung seien, müssten die von den aktuellen Kürzungen betroffenen Universitäten prüfen, welche Grundstücke, die sich derzeit in ih-

rem Besitz befänden, für ihre Kernaufgaben notwendig seien und welche ggf. an das Land Berlin zurückgegeben werden könnten. Es handele sich dabei momentan allerdings lediglich um Überlegungen, welche noch nicht endgültig abgestimmt seien.

Im Übrigen müsse im Rahmen einer Gesamtstrategie für die Liegenschaften des Landes Berlin künftig eruiert werden, wie Bedarfe, bei denen es sich nicht um Kernbedarfe der Universitäten handele, abgesichert werden könnten.

Tobias Schulze (LINKE) fragt nach, welche Überlegungen seitens des Senats es bezüglich eines Weiterbetriebs der betroffenen Institutionen gebe, sollten die entsprechenden Liegenschaften in ein anderes Fachvermögen übertragen werden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) äußert, wie sie bereits ausgeführt habe, bedürfe es ihrer Ansicht nach einer Gesamtstrategie zur Klärung der Frage, wo und wie die Liegenschaften des Landes Berlin im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge verwaltet sowie bewirtschaftet werden sollten und wie jeweiligen Verwaltungen zu einer nachhaltigen Entwicklung sowie Unterhaltung in die Lage versetzt werden sollten.

Dieser Ansatz korrespondiere im Übrigen auch mit einer der Strategien der künftigen Hochschulbaugesellschaft, bei der durch eine effizientere Campus-Entwicklung u. a. mit Shared Resources Kosteneinsparungen bei Betriebskosten und Immobilien – und damit weniger bei Köpfen – erzielt werden sollten, sodass nach wie vor hohe Leistungen in Lehre und Forschung erbracht werden könnten.

Martin Trefzer (AfD) fragt spontan, wie der Senat die Durchführung von Veranstaltungen des jüdisch-kurdischen Vereins „Pek Koach“ an Berliner Hochschulen einschätze. Am vorangegangen Wochenende sei in der taz ein Artikel unter der Überschrift „Don't mention the Islamismus“ erschienen, in dem über eine Veranstaltung des Vereins an der Berliner Humboldt-Universität – HU – berichtet worden sei. Die Leitung der HU habe offenbar keine Vorbehalte gegen die Veranstaltung gehabt und sei damit augenscheinlich zu einer anderen Einschätzung gelangt als die Präsidentin der Technischen Universität Berlin – TU –, Geraldine Rauch.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) verweist einleitend darauf, dass derartige Veranstaltungen von studentischen Gruppen im Zuge der Orientierungswochen angeboten würden. Grundsätzlich sei es ihrer Ansicht nach positiv einzuschätzen, dass im Kontext von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an den Hochschulen ein Austausch zu einem breiten Spektrum von Themen stattfinden könne.

Sofern die Veranstaltungen sich im Rahmen der Verfassung bewegten, erachte sie es daher auch für richtig, dass vorab keine Bewertung und keine Eingriffe seitens der Hochschulleitungen erfolgten. – Mit Ausnahme der von dem Abgeordneten Trefzer erwähnten Presseberichterstattung lägen ihrem Haus keine weiteren Informationen zu den direkten Inhalten dieser Veranstaltungen vor.

Martin Trefzer (AfD) sagt, er entnehme dem taz-Artikel, dass die beiden Vorständinnen des Vereins, welche an der Veranstaltung an der HU teilgenommen hätten, sich über die in einer E-Mail zum Ausdruck gebrachten Äußerungen der Präsidentin der TU irritiert gezeigt hätten.

Seine Fraktion bitte die Senatsverwaltung daher um eine Stellungnahme zu der E-Mail der TU-Präsidentin an den Verein „Pek Koach“.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) wiederholt, dass auch ihre Verwaltung lediglich Kenntnis der Presseberichterstattung habe. Da ihrem Haus überdies die E-Mail nicht im Wortlaut vorliege, nehme sie Abstand davon, diese zu kommentieren.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) berichtet zunächst, dass auf der vergangenen Wissenschaftsministerkonferenz unter anderem der Umgang mit Antisemitismus an deutschen Hochschulen thematisiert worden sei. Zu Gast sei auch die Jüdische Studierendenunion Deutschland gewesen, welche den Teilnehmern Forderungen zur Verbesserung der Sicherheit von jüdischen Studierenden und Beschäftigten an Hochschulen übergeben habe. Auch wenn in Berlin viele dieser Forderungen bereits umgesetzt seien, bleibe es ein wichtiges Thema für die Hochschulen. Überdies komme es auch im Umfeld der Hochschulen zu Problemen. Dafür solle in Zusammenarbeit mit den Innenministerinnen und -ministern nach Lösungen gesucht werden, um einen sicheren Zugang zu den Hochschulen zu gewährleisten.

Weitere Themen der Wissenschaftsministerkonferenz seien die Resilienz von Wissenschaftsorganisationen, die Schnellbauinitiative sowie Erasmus+ gewesen. Bei Letzterem stelle sich insbesondere die Frage, wie für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler nach wie vor ein gleichwertiger Zugang zu derartigen Programmen in Europa sichergestellt werden könne. – Abschließend habe sich die Wissenschaftsministerkonferenz darauf verständigt, infolge des Herrenberg-Urteils gemeinsam mit den für Kultur und Bildung zuständigen Ministerien im kommenden Jahr entsprechende Konzepte zu erarbeiten.

Des Weiteren sei der Berliner Landespreis für exzellente Hochschullehre ausgelobt worden, welcher 2026 erstmalig verliehen werde. – In München habe vom 29. bis 31. Oktober 2025 der Wissenschaftsrat getagt. – Ferner habe in Berlin am 29. Oktober die Auftaktveranstaltung der Hightech Agenda Deutschland stattgefunden. Teilgenommen hätten neben der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Dorothee Bär, auch Bundeskanzler Friedrich Merz und die EU-Kommissarin für Start-Ups, Forschung und Innovation, Ekaterina Sachariewa. Ziel dieses ersten Vernetzungstreffens sei gewesen, Prozesse in Gang zu setzen sowie die Relevanz des Themas für Berlin, Deutschland und Europa als gemeinsame Aufgabe in den Fokus zu rücken.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2655
Abschluss des Änderungsvertrages zum Vertrag zwischen dem Land Berlin und der Charité – Universitätsmedizin Berlin gemäß § 4 Abs. 1 und 2 Berliner Universitätsmedizingesetz für den Zeitraum 2025 bis 2028
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2656
Abschluss von Änderungsverträgen zu den Hochschulverträgen gemäß § 2a Berliner Hochschulgesetz für den Zeitraum 2025 bis 2028

Hierzu: Anhörung zu a) und b)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Nach den Hochschulverträgen ist vor den Hochschulverträgen – wie lassen sich Hochschulvertragsverhandlungen in Zukunft partizipativer und transparenter gestalten? Welche Rolle können Parlament, Verwaltung und Zivilgesellschaft künftig spielen?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neue Hochschulverträge und die Perspektiven für die Berliner Hochschulen.
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Hochschulverträge – Stand und Perspektiven für die Berliner Hochschulen
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.02.2025 zu c) bis e)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
BerlHG-Novelle – Berufungsrecht, Promotion, Beschäftigungsperspektive und Weiterentwicklung der BUA
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2706
Drittes Gesetz zur Fortschreibung des Berliner Hochschulrechts
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

0185

WissForsch

0187

WissForsch

Hierzu: Anhörung zu a) und b)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.